

Durchsuchungen in Niedersachsen: Reichsbürger-Gruppe verboten!

Nach dem Verbot der Reichsbürger-Gruppe „Königreich Deutschland“ gab es Durchsuchungen in Niedersachsen. Das Innenministerium unterstützt das Verbot.



Bad Lauterberg im Harz, Deutschland - Nach dem Verbot der Reichsbürger-Gruppierung „Königreich Deutschland“ haben heute in Niedersachsen umfangreiche Durchsuchungen stattgefunden. Betroffene Orte sind ein Gebäude im Raum Osnabrück, eines in Stade sowie zwei im Landkreis Göttingen. Diese Maßnahmen begannen laut Informationen aus **Weser-Kurier** bereits gegen 6.00 Uhr. Das Innenministerium begrüßte das Verbot der Organisation, trotz der Tatsache, dass es keine Festnahmen in Niedersachsen gab.

Die Durchsuchungen in Niedersachsen sind Teil einer deutschlandweiten Aktion. So wurden auch in anderen Bundesländern, darunter Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

und Baden-Württemberg, Einsatzkräfte mobilisiert. Hierbei wurden Wohnungen und Gebäude führender Mitglieder des Vereins durchsucht. Der Einsatz zielt darauf ab, Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und Beweismittel für verfassungsfeindliche Aktivitäten sicherzustellen, wie **MDR** berichtet.

Hintergrund und Aktivitäten der Gruppierung

Das „Königreich Deutschland“ gilt als die größte Gruppierung unter den Reichsbürgern und Selbstverwaltern in Deutschland, mit etwa 6.000 Anhängern bundesweit. Der Verein wurde 2012 von Peter Fitzek in Wittenberg gegründet. Der Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verbot die Gruppierung kurz nach seinem Amtsantritt, nachdem bestätigt wurde, dass die Mitglieder einen „Gegenstaat“ ausgerufen und wirtschaftskriminelle Strukturen aufgebaut hatten. Das Verbot wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie anderen Bundesbehörden und Ländern erwirkt.

Zusätzlich gab es im Landkreis Göttingen bereits Ende 2023 einen Vorfall, bei dem der Organisation der Betrieb eines Kiosks auf dem Gelände eines ehemaligen Kurhotels in Bad Lauterberg im Harz untersagt wurde. Trotz des Verbots wurde der Kiosk jedoch weiterhin betrieben, während Sanierungsarbeiten am Hotel durchgeführt wurden.

Rechtsextremismus und gesellschaftliche Auswirkungen

Das Phänomen der Reichsbürger, die die Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und demokratische sowie rechtsstaatliche Strukturen ablehnen, fällt in einen größeren Kontext rechtsextremistischer Bewegungen in Deutschland. Laut dem Verfassungsschutzbericht stieg das Personenpotenzial

gewaltorientierter Rechtsextremisten 2023 auf etwa 14.500. Dies ist ein Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren und spiegelt sich in einer Zunahme rechtsextremistischer Straftaten wider, die 2023 auf 25.660 Delikte betrug.

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten erreichte 1.148, was einen Anstieg von 13 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Diese Entwicklungen verdeutlichen die anhaltende Bedrohung durch rechtsextreme Ideologien, die auch durch die Instrumentalisierung aktueller gesellschaftlicher Themen, wie etwa Migration und Asyl, verstärkt werden. Häufig gewinnen rechtsextremistische Gruppen Gehör, besonders im Zuge von islamfeindlichen und fremdenfeindlichen Mobilisierungen.

Die aktuellen Durchsuchungen und das Verbot des „Königreichs Deutschland“ sind wichtige Schritte im Kampf gegen die zunehmende Radikalisierung und die Gefahren, die von solchen Gruppen ausgehen. Der Verfassungsschutz wird die Situation weiterhin genau beobachten, um rechtsextremistische Aktivitäten und deren Finanzierungsstrukturen zu unterbinden.

Details	
Vorfall	Durchsuchungen
Ort	Bad Lauterberg im Harz, Deutschland
Festnahmen	4
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.weser-kurier.de• www.mdr.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de